Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang | Montag, den 29. Dezember 1919 | Nr. 631 / A 345 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.35 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beginn der Pariser Verhandlungen.

Zur Abwehr.

Von Georg Ledebour.

In der „Freiheit" hat Genosse Däumig mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln über den Leipziger Parteitag am 20. Dezember begonnen. Sie treten mit dem Anspruch auf, eine Würdigung der Parteitagsergebnisse auf historischem Wege zu bewerkstelligen. „Historisch" sind nun aber von den vier Artikeln, die sich eine Woche hindurch hinziehen, nur die beiden mittleren. Der einleitende Artikel „Um Leipzig" vom 20. Dezember enthält weiter nichts als Stimmungsmache gegen diejenigen Genossen, die über den Parteitag anderer Meinung sind als Däumig. Diese Stimmungsmache hat er sich obendrein auch nicht mit dem schwächsten Versuch einer sachlichen Beweisführung erspart. Er verfährt einfach so, daß er zunächst einige an sich ganz überflüssige Entrüstungstiraden über die Angriffe der bürgerlichen und der rechtssozialistischen Presse auf uns, der Anzapfung einiger andersdenkender Parteigenossen voranschickt und dadurch bei naiven Lesern den Glauben erweckt, als ob die feindliche Kritik und die Auslassungen jener Parteigenossen gleichen oder doch ähnlichen Gedankengängen entsprossen seien. Diesen Eindruck sucht er dann durch die ganz allgemeine Behauptung zu verstärken, jene von ihm mißbilligten Meinungsäußerungen seien darauf zurückzuführen, „daß die reformistischen und opportunistischen Traditionen der alten Partei noch nicht völlig aus den Köpfen vieler Parteigenossen geschwunden sind".

Nachdem er so die Widersacher seiner eigenen Anschauungen stigmatisiert hat, macht er einige von ihnen namhaft. Er sucht Hilferding dadurch herabzuwürdigen, daß er Zustimmungen zitiert, die ihm in der gegnerischen Presse zuteil geworden sind, ohne, wohlgemerkt, anzugeben, auf welche Ausführungen Hilferdings sich denn diese gegnerischen Zustimmungen beziehen, und fährt dann fort: „Auch saugt die gegnerische Presse einigen Honig aus Genossen Ledebours Parteitagsartikel. Von Ströbels Zorngepolter über die Leipziger Tagung ganz zu schweigen."

Ich muß gestehen, eine illoyalere Parteipolemik ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. Wer sich durch Däumigs Ausführungen beeinflussen läßt, muß glauben, daß ich mit Hilferding und Ströbel in einer Frontlinie, unterstützt von der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse gegen den revolutionären Sozialismus, als dessen Wortführer sich Däumig selber anpreist, Sturm laufe.

Da ist mir denn doch die unverhüllte Bosheit der Kommunisten lieber, die in ihren Organen offen heraus mich bezichtigen, ich stände ganz rechts und sei „reif für den Bund Neues Vaterland", mit anderen Worten, ich sei ungefähr auf dem Standpunkt Bernsteins angelangt. Solche Albernheiten kann ich mit einem Achselzucken abwehren. Da indes Däumig mein Parteigenosse ist, muß ich seinen verschleierten Verdächtigungen die Ehre einer sachlichen Richtigstellung zuteil werden lassen.

Vorweg folgendes: Wenn Däumig irgendwelche Zustimmungen gegnerischer Blätter zu Ausführungen seiner Parteigenossen gegen diese auszuschlachten sucht, ohne auch nur anzudeuten, worauf denn eigentlich im Einzelfalle sich die Zustimmung bezieht, so verfährt er genau wie die bürgerliche und rechtssozialistische Pressemeute, die während des Krieges unsere Bemängelung der Kriegspolitik der Regierung als Landesverrat begeiferte, weil Organe der feindlichen Länder unsere Kritik zu ihren Zwecken auszunutzen suchten. Wir haben solchen Erbärmlichkeiten gegenüber immer betont, daß uns diese feindliche Ausnutzung unserer Kritik nicht abhalten darf, das zu sagen, was wir im Interesse unserer Sache für notwendig halten. Däumig ist nun in seiner Parteipolemik bereits so tief gesunken, daß er gegen seine eigenen Parteigenossen Mittel anwendet, die er selbst auf das schärfste gebrandmarkt hat, als sie in der Kriegszeit uns allen gegenüber ein ständiges Requisit der Regierungspresse waren.

Dann zu dem sachlichen Untergrund der ganzen Auseinandersetzungen! Zunächst ist hervorzuheben, daß Ströbel einnimmt als Hilferding oder ich. Ströbel stand schon in der vorrevolutionären Periode im schärfsten Gegensatz zu meiner Befürwortung revolutionärer Erhebungen. Er verwirft jetzt die Beschlüsse des Parteitages, für die ich gestimmt habe, durchweg. Ich brauche mich im übrigen mit seinen Ansichten nicht zu befassen, da sie auf dem Parteitag keinen Widerhall gefunden haben, muß aber die Parallelisierung mit ihm entschieden zurückweisen, da ihr Zweck, mich parteipolitisch zu diskreditieren, auf der Hand liegt.

Anders steht es mit Hilferding. Auch Hilferding hat für die Parteitagsbeschlüsse gestimmt und doch bestanden bis zum Parteitag starke Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und mir; sie sind auch jetzt noch nicht völlig ausgeglichen, was Hilferding sicher am wenigsten bestreiten wird. Dennoch muß ich ihn gegen die „Methode Däumig" in Schutz nehmen. Däumig sucht Hilferding dadurch zu diskreditieren, daß er schreibt:

„Durch die ganze regierungssozialistische Presse geht ein Auszug aus Hilferdings Parteitagskritik, und man schreibt dazu: Hilferding hat vollkommen recht . . . Hilferding bestätigt, was wir gegen die Unabhängigen immer wieder gesagt haben. Er unterscheidet sich von uns in den springenden Punkten durchaus nicht."

Däumig verschweigt also sorgfältig Namen und Datum der zitierten Zeitungen. Er sucht den Glauben zu erwecken, „man" sei über Hilferdings Kritik der Parteitagsbeschlüsse so sehr begeistert. Das wäre aber doch Unsinn, da Hilferding, wie gesagt, den Beschlüssen zugestimmt und an der Taktikresolution sogar mitgewirkt hat. Jene gegnerischen Zustimmungen gelten deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach einer Betrachtung Hilferdings über „taktische Probleme", in denen eine stark pessimistische Auffassung über die gegenwärtige politische Lage und über die Aussichten auf Verwirklichung des revolutionären Sozialismus zutage treten. Ich teile diesen Pessimismus nicht und bin auch sonst mit manchen Einzelerwägungen des Artikels nicht einverstanden. Anderes ist wieder durchaus beherzigenswert. Unter allen Umständen bleibt es aber das gute Recht und sogar die Pflicht eines Parteigenossen, vor übereilten Handeln zu warnen, wenn er Gefahren für die Bewegung zu erkennen glaubt. Man mag ihm sachlich widersprechen. Aber es ist eine ausgesuchte Perfidie, ihn nach der Däumigschen Methode durch solche beweislosen Zustimmungszitate aus ungenannten gegnerischen Zeitungen diskreditieren zu wollen.

Die erste Sitzung.

Paris, 28. Dezember.

Die Mission des Ministerialdirektors von Simson wird morgen, Montag, nachmittag 3 Uhr, ihre erste Sitzung mit der interalliierten Kommission, die unter Vorsitz des Generals Lerond steht, haben.

Die Arbeiten des Fünfer-Rates.

Paris, 27. Dezember

Der Fünferrat hat den Vorschlag der deutschen Regierung, eine alliierte Sachverständigenkommission zu ernennen, um die deutschen Angaben über das verfügbare Hafenmaterial nachzuprüfen, der interalliierten Kommission für Schiffahrtsfragen in London übermittelt.

General Weygand, Generalstabschef Marschall Fochs, berichtete alsdann über den Transport der alliierten Truppen für die deutschen Gebiete, in denen Volksabstimmungen stattfinden müssen. Die Alliierten scheinen mit den deutschen Vorschlägen über den Transport nicht zufrieden zu sein. Sie verlangen sechs Züge pro Tag, während Deutschland nur vier anbietet. Schließlich hat der Fünferrat Kenntnis von einem Memorandum der Schweizer Regierung genommen, in dem der französischen Regierung die Bedingungen auseinandergesetzt werden, unter denen die Schweiz bereit ist, dem Völkerbund beizutreten.

Bevorstehende polnische Besetzung.

Warschau, 28. Dezember

Den hiesigen Blättern wird aus Posen gemeldet, daß die dortigen polnischen Behörden alle Maßnahmen zur Besetzung der den Polen in dem Friedensvertrag zugesprochenen deutschen Gebiete getroffen haben. Am 6. Januar werden die polnischen Truppen die Städte Thorn und Bentschen besetzen. Die zur Besetzung bestimmten Truppen sind marschbereit.

Protest gegen den weißen Schrecken in Ungarn.

Wien, 28. Dezember

Die „Arbeiterzeitung" veröffentlicht ein ihr aus Paris zugegangenes Telegramm, in welchem Anatole France, Marcel Cachin, Jean Longuet und die Redaktionen von „Humanité" und „Populaire" gegen die neuerlichen Todesurteile in Budapest energisch protestieren.

Der Siegeszug der Roten Armee.

Warschau, 28. Dezember.

Aus Reval ist hier die Meldung eingetroffen, daß der Repräsentant der Sowjetregierung, Joffe, dem Gesandten der estnischen Republik erklärt habe, daß die ganze Ukraine mit Kiew, Charkow und Poltawa durch die roten Truppen besetzt worden ist. Ferner erklärte er die Gerüchte über eine bevorstehende Einberufung der russischen Konstituante in Moskau für unbegründet.

Die russischen Kriegsgefangenen.

Wie die „V. V. N." erfahren, hat Marschall Foch durch die Waffenstillstandskommission der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß sich in Danzig 24 russische Offiziere und 157 Mann befänden, die nach Südrußland zu General Denikin transportiert werden sollten, und daran das Verlangen geknüpft, daß dieses Detachement auf dem nächsten Dampfer, der russische Kriegsgefangene von Hamburg nach Südrußland abbefördert, mitgenommen werden müßte. Es wird dazu offiziös bemerkt, daß die Regierung in eine mißliche Lage komme. Sie dürfe die anderen russischen Gefangenen nicht abtransportieren lassen, müsse sich aber diesem Verlangen der Entente fügen. Jede Verantwortung über die ihr auferlegte Maßnahme müsse der Entente überlassen bleiben.

Zugleich wird als Antwort auf einen am 6. Dezember in der „Leipziger Volkszeitung" von den Kommunisten unter den russischen Kriegsgefangenen veröffentlichten Artikel behauptet, daß die deutsche Regierung an der Zurückhaltung der russischen Kriegsgefangenen nicht schuld sei. Die Ententestaaten hätten bisher den Heimtransport auf dem Landwege nicht zugelassen, der Schiffstransport aber unterläge der britischen Kontrolle. Ein Arbeitszwang gegen die russischen Kriegsgefangenen bestehe seit dem 11. November 1918 nicht mehr.

Als die frühere deutsche Regierung den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk abschloß, war sie verpflichtet, die russischen Kriegsgefangenen ihrer Heimat zurückzugeben. Sie hat diese Verpflichtung nicht erfüllt und die Leute, die heute in der Regierung sitzen, haben nicht das geringste getan, um die alten Machthaber zur Erfüllung des Vertrages zu zwingen. Und die jetzige Regierung hat es vorgezogen, den Krieg gegen Sowjetrußland zu unterstützen und die Verbindungswege dahin zu verlegen. Was die Entente durch die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen an Deutschland tut, das hat die frühere deutsche Regierung durch die Zurückhaltung der russischen Kriegsgefangenen und die jetzige deutsche Regierung durch ihre antibolschewistische Politik an Rußland getan. Es ist also eine Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn man jetzt pharisäerhaft allein die Entente der Unmenschlichkeit in der Frage der Kriegsgefangenen beschuldigt.

Die Hochwassergefahr.

Nach einer Havasmeldung ist infolge der Ueberschwemmungen der Zugverkehr in fast allen Teilen der Vogesen unterbrochen. Die elsässische Ebene zwischen Straßburg und Colmar bildet einen einzigen großen See, dessen Wasser sich im Osten mit dem Rhein vereinigt. In Breuch werden große Schäden gemeldet. Die Dörfer sind vollständig überschwemmt, die Straßen unterbrochen; auch eine eiserne Brücke wurde fortgeschwemmt. Man hat bereits mehrere Leichen gefunden.

In Koblenz steigt der Rhein stündlich um 5 Zentimeter. Der Höchststand des Rheins in Köln betrug heute morgen 7,60 Meter. Das Uferhelände ist teilweise überschwemmt.

Die Wagengestellung an den Ruhrorter Kippern hat infolge des dauernd steigenden Hochwassers eingestellt werden müssen. Auch die Ruhr ist über die Ufer getreten.

Aus welchen Ausführungen meines eigenen Artikels saugt denn nun aber die gegnerische Presse „einigen Honig"? Sicher nicht aus meiner sachlichen Stellungnahme zu den Beschlüssen.

Ich befinde mich in Uebereinstimmung mit der Resolution zur Taktik. Ich bin einverstanden damit, daß wir die Diktatur des Proletariats durch das Rätesystem zur Durchführung des Sozialismus erstreben. Ich habe in jenem Artikel aber auch meiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Resolution dem „antiparlamentarischen Spuk" ein Ende macht. Das ist Däumig unbehaglich. Begreiflich! Er selber war der Haupturheber dieses Spuks. Er hat sich unter dem Druck der parteigenössischen Gegenkritik wieder zurückgemausert bis zu dem Standpunkt, den wir Unabhängigen Sozialdemokraten von je eingenommen haben, daß nämlich zwar ein Parlament der kapitalistischen Aera den Sozialismus nicht verwirklichen kann, daß wir aber in allen diesen Parlamenten, so lange sie bestehen, uns betätigen müssen im revolutionären Sinn. Um allen Vertuschungsbemühungen ein Ende zu machen, muß doch betont werden, daß Däumig vor wenigen Monaten noch mit pomphafter Gebärde den konsequenten Antiparlamentarismus bis zum Austritt aus den Parlamenten und sogar den Gemeindevertretungen gefordert hat. Wäre nun wirklich sein jetziges Bekenntnis zur parlamentarischen Beteiligung offen und unumwunden, so könnte man an ihm Freude haben wie an jedem reuigen Sünder. Leider hat er aber in der Bezirksversammlung von Berlin-Brandenburg sich wieder ein Hintertürchen geöffnet, indem er nach dem Bericht der „Freiheit" die Bemerkung gemacht hat: „Man ist jetzt noch zu sehr eingestellt auf die alte Betätigungsparole. Eine Tradition läßt sich nicht im Handumdrehen beseitigen; es bedarf dazu intensiver Aufklärungsarbeit." Aus dieser „Blüte" werden nun die kommunistischen Antiparlamentarier Honig saugen und solche Parteigenossen, die, von Däumig zum Antiparlamentarismus verleitet, nicht so schnell sich zurückmausern konnten wie er. Bei ihnen bedarf es allerdings noch dringend der Aufklärungsarbeit.

Der Hauptunterschied zwischen Däumigs und meiner parteipolitischen Auffassung betrifft nun aber die Frage, wie eine aktionsfähige revolutionäre Internationale zu schaffen ist. Däumig empfahl, wie andere Parteigenossen, den scheinbar geradlinigsten Weg des bedingungslosen Beitritts zur Moskauer sogenannten dritten Internationale. Ich selbst hielt das nicht für angängig, da die Moskauer aus nichtigen Gründen uns nicht zu der Gründungsversammlung zugezogen und dann gegen uns Beschlüsse gefaßt hatten. Schließlich müssen wir uns auch Sicherheit verschaffen, daß wir nicht durch die terroristische Regierungspolitik der russischen Kommunisten bei einem Zusammenschluß mit ihnen selbst belastet werden können. Zu dem Zweck verlangte ich Verhandlungen mit allen revolutionären sozialistischen Parteien einschließlich der Glieder der dritten Internationale mit dem ausgesprochenen Ziele, einen Zusammenschluß zu erzielen. Wegen dieser Meinungsverschiedenheiten habe ich vor dem Parteitage wiederholt Besprechungen gehabt, zwar nicht mit Däumig, wohl aber mit Stoecker und anderen Freunden, die seinen Standpunkt teilten. Ich habe sie eindringlichst gebeten, doch nicht wegen einer solchen an sich geringfügigen taktischen Differenz es zur unserer gegenseitigen Befehdung auf dem Parteitage kommen zu lassen. Eine Einigung auf meinem Standpunkt von vornherein würde ferner den größten Eindruck bei allen sozialistischen Parteien machen, da sie mit der Absage an die zweite Internationale das Bekenntnis zum Zusammenschluß mit den Moskauern verbindet, ohne daß wir uns dabei etwas vergeben. Umsonst! Die Genossen bestanden auf dem bedingungslosen Anschluß an Moskau.

Und das Resultat? Heftige Zusammenstöße auf dem Parteitage, die mir allerdings die Anerkennung verschafften, daß ich die Einheit der Partei gerettet hätte. Dann auf Wunsch Stoeckers und seiner Freunde vielstündige Kommissionsberatungen, die mit dem vollen Siege meiner Auffassung endeten. Es wurde eine Vereinbarung auf Grund einer Vorstandsresolution erzielt, die sachlich durchaus meinen Standpunkt wiedergibt. Ich hatte meine Resolution zurückgezogen, da ich keine persönliche Prestigepolitik treiben, sondern mich nur von dem sachlichen Interesse leiten lassen wollte. Wie sehr unsere Forderung eines Zusammenschlusses der revolutionären Sozialisten aller Länder das Richtige getroffen hat, geht jetzt schon aus den Zustimmungserklärungen hervor, die jetzt schon von dem radikalen Flügel der französischen Sozialisten und von den Schweizer Genossen eingelaufen sind. Sie verbürgen den baldigen Zusammenschluß zu einer aktionsfähigen revolutionären Internationale.

Für die in den Kommissionsverhandlungen vereinbarte Resolution habe ich dann mitsamt einer Vierfünftelmehrheit des Kongresses gestimmt, während Däumig dagegen stimmte. Es gehört wirklich ein ungewöhnlich hohes Maß von Ungeniertheit dazu, wenn Däumig bei der Berichterstattung es so zu drehen suchte, als ob seine Auffassung zum Siege gekommen wäre. Was ihm dazu den Vorwand lieferte, war die Annahme eines Zusatzantrages, der völlig rechtsungültig ist, da er geschäftsordnungswidrig zur Abstimmung gebracht wurde. Es ist außer den Schiebern, die diese Ueberrumpelung des Parteitages bewerkstelligt haben, wahrscheinlich nur wenigen Genossen bei der Verlesung klar geworden, daß dieser Zusatzantrag gegen die mühselig erzielte Abmachung und gegen den Hauptantrag verstößt. Für Däumig ist es kennzeichnend, daß er an diesem Manöver nichts auszusetzen findet.

Nicht gegen die Parteitagsbeschlüsse, sondern gegen diese Schieberpraktiken habe ich mich in meinem Artikel sehr unzweideutig ausgesprochen. Dann aber habe ich es auch mit vielen Parteigenossen verdorben, als ich mit aller Entschiedenheit Front machte gegen den Terrorismus, insbesondere gegen regierungsterroristische Akte, von welcher Seite sie auch betrieben werden mögen. Als ich auf diese heikle Sache zu sprechen kam, wußte ich ganz genau, in was für ein Wespennest ich stechen würde, da leider unter der Hand auch in unseren Reihen für eine terroristische Taktik Propaganda gemacht wurde. Ich werde mich aber nie scheuen, wenn das Parteiinteresse es erfordert, das auszusprechen, was ich für notwendig halte, auch wenn ich sicher bin, dadurch viele Genossen gegen mich aufzubringen. Auch zur Aufklärung über den Terrorismus bedarf es noch gründlicher Arbeit. Ich werde auch weiter darüber meine Meinung sagen, unbekümmert darum, ob ein Däumig, der sachlich an die Frage sich nicht herantraut, glaubt mich dann durch den Hinweis schädigen zu können, daß irgendwelche Gegner aus meinen Darlegungen „Honig saugen". Schließlich dringt doch die Wahrheit durch.

Zum Matrosenmord am Weihnachtsabend.

Von Wilhelm Dittmann.

Die Enthüllungen des Genossen Oehme über die Dinge, die sich in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 in der Reichskanzlei abgespielt haben, ziehen den Schleier von den bisher noch dunklen Vorgängen, durch die die Kanonade auf Schloß und Marstall herbeigeführt worden ist.

Vier Tage lang, vom 24. bis zum 28. Dezember 1918, haben damals Ebert, Scheidemann und Landsberg gegenüber Haase, Barth und mir auf alle unsere Fragen, wer den Befehl zu der Kanonade gegeben habe, immer wieder geantwortet: „Das wissen wir auch nicht!" Diese Antwort bekam zunächst Barth von allen dreien, dann ich und noch mir Haase. In der anschließenden Kabinettssitzung wurden wir insgesamt genau so angelogen. Erst am 28. Dezember, als wir die Sache vor den Zentralrat brachten, kam Ebert mit der tags zuvor im „Vorwärts" aufgetischten Ausrede, er, Scheidemann und Landsberg hätten in der fraglichen Nacht dem Kriegsminister Scheüch den Auftrag gegeben, das Nötige zu veranlassen, das Leben des Genossen Wels zu retten und ihn zu befreien. Auf meine Frage, ob dieser Auftrag nicht irgendwie begrenzt worden sei, so daß die Kanonade als Ueberschreitung des dem Kriegsminister gewordenen Auftrags angesehen werden müsse, antwortete Ebert: „Nein, begrenzt worden ist der Auftrag nicht!"

In der Erklärung, mit der wir am Schlusse jener Sitzung unseren Austritt aus der Regierung begründeten, sagten wir deshalb:

„Das Blutbad vom 24. Dezember 1918 ist dadurch verschuldet, daß die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung gegeben haben. Zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels war ein solcher Auftrag weder nötig noch zweckdienlich; das Leben von Wels wurde gerade durch diese Kanonade auf das Gebäude, in dem er sich selbst befand, auf das höchste gefährdet. Der militärische Angriff erfolgte außerdem erst sieben Stunden, nachdem dem Kriegsminister der Auftrag erteilt war, also zu einer Zeit, wo, wenn das Leben von Wels wirklich bedroht war, mit seiner Befreiung kaum noch gerechnet werden konnte. Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg haben während dieser ganzen Zwischenzeit keinen Schritt getan, um die Ausführung ihrer Vollmacht einer Prüfung zu unterziehen. Wir können es nicht verantworten, daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems die Verfügung über das Leben seiner Mitmenschen übertragen worden ist. Der Weg der Verhandlungen hätte in keinem Stadium der Angelegenheit verlassen werden dürfen."

Aus Oehmes Enthüllungen wissen wir jetzt positiv, was wir vorher nur vermuteten, daß die Berufung auf das gefährdete Leben von Wels nur der Vorwand war, um die Kanonade moralisch zu rechtfertigen, denn Oehme erklärte auf das Bestimmteste, Ebert habe die Möglichkeit, noch in der Nacht durch Verhandlungen Wels frei zu bekommen, ausgeschlagen, indem er sich durch seinen Sekretär Krüger gegenüber dem in der Reichskanzlei mit einer Matrosendeputation erschienenen Genossen Ledebour verleugnen ließ.

Daß der Auftrag an den Kriegsminister Scheüch nicht gelautet hatte, das Nötige zu veranlassen, das Leben von Wels zu retten und ihn zu befreien, erfuhr ich bereits vor einem Jahre von Herrn Scheüch selber. Am Morgen nach unserem Austritt aus der Regierung traf ich im Treppenflur der Reichskanzlei Landsberg, Haase und Scheüch und hörte im Vorbeigehen, wie letzterer sich energisch verbat, daß sein Name in einem solchen Zusammenhang genannt werde. Ich nimmaßte sofort, daß diese Aeußerung sich auf die Darstellung bezog, die Ebert vor dem Zentralrat über den an Scheüch erteilten Auftrag gemacht hatte. Beim Verlassen des Hauses traf ich zufällig auf der Treppe mit Scheüch zusammen und er sagte mir, daß er soeben endgültig sein Amt als Kriegsminister niedergelegt habe. Als ich ihm erwiderte, er habe sich einen schlechten Abgang gewählt und sein militärisches Renommee gefährdet, wenn es richtig sei, daß er, um einen Mann zu befreien, das Gebäude, in das dieser sich befand, habe mit Kanonen beschießen lassen, entgegnete Scheüch mir erregt: „Ich habe dagegen schon protestiert. Einen solch unsinnigen Auftrag habe ich nicht erhalten und auch keinen solchen Befehl gegeben!" Darauf fiel ich ein: „Das habe ich mir ja auch gesagt. Ihr Auftrag war, mit allen militärischen Mitteln den Widerstand der Matrosen zu brechen und sie zur Uebergabe zu zwingen, nicht wahr?" Scheüch bestätigte darauf: „Jawohl, so war es!" Offenbar empörte ihn die Absicht der Ebert und Genossen, ihn als unfähigen Militär und Sündenbock hinzustellen, um die eigene Schuld zu verdecken.

In jener Situation wollten Ebert und Genossen sich der Truppen entledigen, die ihren konterrevolutionären Absichten hinderlich waren. Daher ihr Vorgehen gegen die Volksmarinedivision. Daran werden durch Oehmes Enthüllungen jetzt auch die letzten Zweifel beseitigt und dem „Vorwärts" wird es nicht mehr gelingen, diesen klaren Tatbestand zu vertuschen.

In diesem Zusammenhang sei auch festgestellt, daß die Behauptung des „Vorwärts" unwahr ist, die unabhängigen Volksbeauftragten seien am 23. Dezember 1918 den ganzen Tag nicht in der Reichskanzlei erschienen. Haase und ich waren lediglich von ½8 Uhr bis 6 Uhr in einer Parteivorstandssitzung am Schiffbauerdamm, im übrigen aber den ganzen Tag bis abends nach 8 Uhr in der Reichskanzlei. Barth hatte diese überhaupt nicht verlassen und ist erst nachts gegen 12 Uhr fortgegangen. Aber dem „Vorwärts" kommt es ja auf eine Unwahrheit mehr oder weniger gar nicht an. Hatte er doch am Weihnachtsabend sogar die Stirn zu schreiben: „Der von den ausgeschiedenen Volksbeauftragten im Januar inszenierte Bürgerkrieg . . ." Dabei weiß jedes Kind, daß die ausgeschiedenen unabhängigen Volksbeauftragten mit der Januar-Erhebung nur das geringste zu tun gehabt haben. Wem sieht, im Vergewaltigen der Wahrheit gibt der „Vorwärts" den Ebert und Genossen nichts nach. Das am 24. Dezember 1918 vergossene Blut waschen diese aber nicht mehr von ihren Händen ab.

Gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise

protestiert heute abend die Groß-Berliner Arbeiterschaft in 20 Versammlungen.

Niemand darf fehlen!

Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Pharisäertum!

Die im Saargebiet ansässigen Industriellen Robert und Hermann Roechling sind, wie wir berichteten, von den französischen Gerichten zu harten Strafen verurteilt worden, weil sie im Kriegsgebiet Fabriken niedergelegt und Material requiriert haben. Darüber ist in der gesamten bürgerlichen Presse große Entrüstung ausgebrochen, in die natürlich auch Heilmann in seiner Korrespondenz einstimmt. Eine offiziöse Meldung verweist vor allem darauf, daß die Brüder Roechling auf Befehl der Kommandobehörden gehandelt haben, daß sie verpflichtet waren, die ihnen zur Last gelegten Handlungen auszuführen.

Gewiß sind die Strafen unmenschlich hart. Die Verurteilten sollen neben den Freiheitsstrafen mit der Zahlung von 10 Millionen Frank büßen, und es ist kaum anzunehmen, daß die Brüder Roechling bei der Ausführung der Aufträge der Kommandobehörden so viel verdient haben, obwohl die Profite bei Heeresaufträgen nicht gering waren. Wir wollen auch ganz davon absehen, daß die Industriellen sehr wohl die Aufträge hätten ablehnen können und vielleicht auch abgelehnt hätten, wenn — eben nicht der Profit gelockt hätte. Es ist richtig, daß die Strafen ungerecht sind, weil sie nicht die Hauptschuldigen treffen. Die Frage ist nur, ob das bürgerliche Pressegelichter berechtigt ist, sich zu entrüsten, denn von dieser Seite ist die Forderung nach gerechter Bestrafung der Urheber aller Kriegsverbrecher noch nie vernommen worden. So geht es eben: läßt man die großen Verbrecher, die wirklich Schuldigen laufen, dann werden die kleinen gehenkt. Und solange das in Deutschland tägliche Praxis ist, ist alle Entrüstung über andere eitel Pharisäertum. Vor allem gilt das für einen üblen Schmock, wie Heilmann, dessen moralische Entrüstung auf alle, die ihn kennen, höchst lächerlich wirkt. Man schlage sich an die Brust und gehe in sich, man sorge für Gerechtigkeit im eigenen Hause, bevor man sich über Ungerechtigkeit bei anderen beklagt. Auch im Falle des Matrosenmordes harren die Urheber des Verbrechens noch der Aburteilung.

Die Hilfsaktion für Deutschösterreich.

In der Presse findet sich die Nachricht, daß der Verzicht der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Deutschen Reichs auf 50 Gramm Mehl für den Kopf und die Woche zugunsten Deutschösterreichs über vier Wochen hinaus fortgesetzt werden und mehrere hunderttausend Tonnen ergeben solle. Demgegenüber wird den „P. P. N." von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Umfang der zugunsten Deutschösterreichs eingeleiteten Hilfsaktion auf insgesamt achttausend Tonnen bemessen und der Verzicht der Bevölkerung auf 50 Gramm ihrer Wochenration auf vier Wochen beschränkt ist.

Aus der Kloake.

Das Reichsfinanzministerium und die Wahlpropaganda der S. P. D.

Vor einigen Tagen hatte der Kaufmann Hermann Sonnenfeld in der Oeffentlichkeit anläßlich des Sklarz-Skandals den Vorwurf erhoben, daß die Wahlpropaganda der S. P. D. zum Teil aus Reichsmitteln gezahlt worden sei. Der Reichsfinanzminister Erzberger hat nun an Sonnenfeld ein Schreiben gerichtet, worin er ihn ersucht, sein Beweismaterial dem zuständigen Referenten des Reichsfinanzministeriums vorzulegen. Darauf hat Herr Sonnenfeld geantwortet:

„Sofort nach Ausbruch der Revolution wurde in dem Sklarz und Helphand gehörenden sozialwissenschaftlichen Verlag ein Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei gegründet. Zu diesem Helferdienst wurden öffentlich Leute gesucht und es meldeten sich mehrere hundert. Bei Gründung der Reichstagstruppe wurde dieser Helferdienst in den Reichstag verlegt und dem Schwiegersohn von Scheidemann, einem gewissen Henk, unterstellt. Henk gab den im Helferdienst Stehenden mit der Siegelmarke des Reichstags versehene Legitimationen und vergütete den also im Interesse der S. P. D. tätigen Angestellten aus Mitteln der für die Reichstagstruppe eingehenden Gelder täglich bis zu 15 Mark und außerdem auch noch vielfach Verpflegung aus Mitteln der für die Reichstagstruppe vorgesehenen Bestände. Es kam soweit, daß schließlich diese für den Helferdienst der S. P. D. Geworbenen in allen Dingen mit der Truppe des Reichstages zusammenflossen.

Ich selbst wurde beauftragt, Flugschriften zu verfassen. Ein solches Flugblatt ist auch in mehreren hunderttausend Exemplaren am Sonnabend vor der Wahl zur Nationalversammlung von Autos herab in ganz Groß-Berlin verteilt worden. Den Text eines solchen Flugblattes lege ich bei. Außerdem wurde ich von Henk beauftragt, acht bis zehn Lastautos für zwei bis drei Tage zu requirieren und diese mit Bänken, Sitzen und Girlanden auszustatten, um sie zu einem Umzug am Sonnabend vor der Wahl zur Nationalversammlung zu benutzen. Zu diesem Zweck wurden Plakate angeschafft, Leute gegen Vergütung von täglich 20 Mark und Verpflegung zur Besetzung der Autos und ferner die ganze Kapelle des Augusta-Regiments geworben. Dieser Umzug ist seinerzeit in den illustrierten Zeitungen abgebildet worden. Er begann morgens um 7 Uhr und endete abends um 8 Uhr. Meines Erachtens beliefen sich allein hierfür die Ausgaben auf mindestens 50- bis 60 000 Mark. Alle diese Ausgaben sind von Henk aus den den Reichstagstruppen zufließenden Mitteln bestritten worden. Die Verrechnung dieser Gelder geschah später, von meinem Sohn unter Beweis gestellt derart, daß sie von Sklarz als Ausgaben für die Reichstagstruppe von der Regierung eingefordert und von dieser bezahlt worden sind. Die bündigen Beweise dafür vermag mein Sohn zu erbringen. Meines Wissens ist die Verrechnung bzw. Auszahlung an Sklarz auf Betreiben von Scheidemann bzw. Ebert durch den Geheimen Regierungsrat Winkow, wenn ich nicht irre, damals Schatullenverwalter, veranlaßt worden. Absolut zutreffende Angaben darüber wird gleichfalls mein Sohn machen können.

Zu weiteren Aufschlüssen, namentlich hinsichtlich der Zusammenstellung und der Symbolik der im Zug gestellten acht Wagen, bin ich gern bereit."

Das Bureau Sachaczewski, das diesen Brief veröffentlicht, bemerkt dazu:

„Nach diesen Erklärungen wird sicherlich das Reichsfinanzministerium alles in Bewegung setzen, um die noch immer in Holland in Untersuchungshaft sitzenden Hauptbelastungszeugen deren Ueberführung nach Deutschland schon vor langen Wochen angekündigt war, nun endlich aus dem Untersuchungsgefängnis in Haarlem zu befreien, um ihnen Gelegenheit zu geben, den

Staatsanwalt mündlich die so notwendigen Aufschlüsse zu geben. Wenn das Reichsfinanzministerium schon einmal untersucht, würde es sich empfehlen, bei dieser Gelegenheit die Abrechnungen über die Berliner Wach- und Schließgesellschaft und die von Sklarz begründete Volkswehr zu prüfen."

Die kritische Lage im Ruhrrevier.

Die vier Bergarbeiterverbände haben vor einigen Tagen den am 25. Oktober abgeschlossenen Lohntarif gekündigt und den Zechenverband ersucht, bis zum 31. Januar 1920 einen neuen Tarif auf der Grundlage höherer Löhne mit ihnen abzuschließen. Ueber die dadurch geschaffene Situation wird uns aus dem Ruhrrevier geschrieben:

Die ganze Welt lechzt nach Kohlen. Ebenso ergeht es augenblicklich sogar den Werken, die mitten im Ruhrrevier zwischen den Zechen liegen und wegen Kohlenmangels feiern müssen, trotzdem gegenwärtig mehr als eine halbe Million Tonnen Kohlen auf den Halden in nächster Nähe der stillgelegten Werke lagern und dem Verderben preisgegeben werden. Am 20. Dezember 1919 lagerten im Ruhrrevier rund 564 000 Tonnen Kohlen auf den Zechenhalden.

Der Grund für die Stillegung der Werke im Ruhrrevier liegt weder im Kohlenmangel noch in Transportschwierigkeiten, er ist einzig und allein in der ungenügenden Zuweisung der Kohlen an die Werke durch den Kohlenkommissar zu suchen. Die in der Nähe der Zechen liegenden Werke würde man in etlichen Stunden mit Kohlen reichlich versorgen können, wenn die Zuweisung erfolgen würde. Aber es scheint, als wenn die Herren jetzt schon den Kopf verloren hätten.

Der Ruhrbergarbeiter hat die Friedensleistung, auf den Tag und die Stunde umgerechnet, nicht nur erreicht, ja auf verschiedenen Zechen sogar überschritten. Bei der heutigen schlechten Ernährungsweise ist dieses nicht hoch genug einzuschätzen. Die allgemeine Kohlenknappheit aber reizt die Zechenbesitzer zu dauernder und immer wiederkehrender Steigerung der Kohlenpreise. Die fortwährenden Kohlenpreiserhöhungen treiben aber alle anderen Erwerbszweige in die Höhe, so daß sich die Lebenslage der Bergarbeiter von Tag zu Tag schlechter gestaltet. Deshalb drängten sie auf die Kündigung des im Oktober abgeschlossenen Tarifes. Der Tarif läuft somit zum 1. Februar 1920 ab. Zur selben Zeit sollte auch die sechsstündige unterirdische Arbeitszeit eingeführt werden. Die Drohungen aber, die Herr Severing kürzlich auf einer Pressekonferenz in Dortmund gegen die Einführung der sechsstündigen unterirdischen Arbeitszeit zum Besten gab, zeigen, daß sie unter keinen Umständen eingeführt werden soll.

Die Bergarbeiter an der Ruhr sind, im Gegensatz zu Herrn Severing, aber einer anderen Meinung, und die sechsstündige Schicht für die unterirdisch tätigen Bergarbeiter ist die dringende Forderung aller Bergarbeiter. Ungeklärt bleibt die Lage im Ruhrrevier bis dahin auf jeden Fall. In Anbetracht der Teuerung verlangen die Bergarbeiter höheren Lohn und eine einmalige Entschädigungssumme von 1000 Mark für Familienväter und 500 Mark für Ledige, die Einführung der sechsstündigen Schicht ab 1. Februar 1920 und sofortige Sozialisierung des Ruhrbergbaus. Da nun auch noch der Tarif zum 1. Februar gekündigt worden ist, so treffen sich mit einem Schlage alle Forderungen der Bergarbeiter zusammen. Da die Bergarbeiter auch noch den von Herrn Severing vor neun Monaten verhängten Belagerungszustand satt sind, so ist die Situation im Ruhrbecken äußerst gespannt und droht sich in einer neuen Bergarbeiterbewegung Luft zu machen.

12. Kongreß der Syndikalisten.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Generaldiskussion über die geschäftlichen Berichte wurde gestern fortgesetzt. Das rigorose Vorgehen der militärischen Machthaber und ihrer rechtssozialistischen Schleppenträger wurde entsprechend gebrandmarkt. Ein Duisburger Delegierter behauptete, daß 90 Proz. der Bergarbeiter des Ruhrreviers Syndikalisten wären.

In seinem Schlußworte ging Rocker den Flaumachern scharf ans Leder. Der weitaus größte Teil der Syndikalisten sei stolz auf den Namen.

Der Redakteur des „Syndikalist", Winkler, wandte sich gegen verschiedene Angriffe. Die ungarische Räterepublik sei durch einen Pakt von bürgerlichen Elementen, Syndikalisten und Kommunisten entstanden und sei dadurch von vornherein lebensunfähig gewesen. Der Hamburger Kommunist Dr. Lauenberg habe mit dem General v. Lettow-Vorbeck in Unterhandlungen gestanden zur Schaffung einer roten Armee, um an der Seite Sowjet-Rußlands den Krieg gegen die Entente aufzunehmen. Weiter wandte sich Winkler scharf gegen den Berliner roten Vollzugsrat, der im geheimen arbeite, sich aber von der breiten Masse befolden lasse. Eine Räteorganisation sei nur im Rahmen der Gewerkschaften möglich. Da die zentralistischen Gewerkschaften dafür nicht zu haben seien, kämen nur die föderalistischen in Betracht.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen teilte die Mandatsprüfungskommission mit, daß der Kongreß von 117 Delegierten besucht ist, die 111 675 Mitglieder vertreten.

Im Namen der holländischen Föderation, die vor dem Kriege 13 000 Mitglieder hatte und heute über 50 000 zählt, begrüßte Lansing den Kongreß.

Alsdann ergriff Rocker das Wort zu einem groß angelegten Referat über

die Prinzipienerklärung des Syndikalismus.

Er führte aus, daß der Syndikalismus in verschiedenen Ländern die Mehrheit der Arbeiter hinter sich habe. Die Frage Föderalismus oder Zentralismus ist für die Arbeiterschaft noch nicht gelöst. Die Kompromißler bekommen bei einer Bewegung stets zuerst die Massen hinter sich. Erleiden sie Schiffbruch, dann besinnt sich die Masse auf die ursprünglichen Prinzipien, prüft sie, wendet sie an und kommt zum richtigen Schluß.

Als durch den Umschwung nach dem Kriege den Männern, die 50 Jahre die Eroberung der politischen Macht predigten, ihnen diese in den Schoß fiel, konnten sie nicht das mindeste mit ihr anfangen. Die Syndikalisten allein können heute klar und deutlich sagen, was sie wollen. Wenn ein Syndikalist dieser oder jener politischen Partei angehört, so ist das Privatsache. Die wirtschaftliche Organisation der Syndikalisten hat mit keiner politischen Partei etwas zu tun. Den Sozialismus hat die deutsche Arbeiterschaft nur innerhalb eines Parteirahmens kennen gelernt. Die politischen Parteien, die sich nur mit dem Parlamentarismus befaßt haben, greifen heute zu den Kampfmitteln der direkten Aktion wie Generalstreik, Boykott, Rätesystem usw., weil ihre eigenen Waffen verbraucht sind.

Die Bestrebungen zur Erlangung der politischen Macht, haben mit dem Sozialismus nichts zu tun, sie sind vielmehr dem Boden der Bourgeoisie entsprungen. Der Sozialismus in Europa entwickelte sich dadurch, weil die Arbeiter das Spiel des Kampfes um die politische Macht durchschauten.

Der Redner schilderte dann die Entwicklung des Experimentes der Arbeiter-Assoziationen, der englischen Tradeunions, der wirtschaftlichen Arbeiter-Vereinigungen in Spanien, deren Kämpfe lediglich ökonomischen Charakter hatten. Als später die Internationale gegründet wurde, ist es ein Versuch gewesen, alle wirtschaftlichen Kampfgruppen zusammenzufassen. Sie war nichts anderes als eine große Gewerkschaft ohne parteipolitisches Programm. Die Frage der politischen Parteien brachte die erste Spaltung in die Internationale. Vorher war die Einigkeit faktisch und praktisch in der Internationale vorhanden. Die Spaltung kam, als man den Bourgeoisie-Bazillus von der Eroberung der politischen Macht in die internationale, wirtschaftliche Organisation hineingeschmuggelt hat. Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß nur auf wirtschaftlichem Gebiet Zusammenschlüsse zu erfolgen haben, nur dadurch kann das kapitalistische System vernichtet werden. Der moderne Syndikalismus ist nichts anderes als eine Fortsetzung der revolutionären, sozialistischen Internationale.

Die Syndikalisten sind ausgesprochene Kommunisten, was von denen, die diesen Namen führen, nicht gesagt werden kann. Der Redner streift dann weiter die Lehre Proudhons, die mutualistische, kollektivistische und kommunistische Bewegung und fährt dann fort, daß die deutschen Kollektivisten sich Kommunisten nennen würden. Das Programm der französischen Kollektivisten habe Marx entworfen. Die Syndikalisten verlangten von Anfang an Abschaffung des Monopols an Grund und Boden, der Arbeitsgeräte, der Erzeugnisse und des Lohnsystems. Jeder solle seine Anteile nach Bedürfnis und Fähigkeit erhalten. Von allem sind die Arbeiter die Verwalter, die in dem betreffenden Betrieb oder der betreffenden Industrie beschäftigt sind.

Der Staat sei geschaffen, um bestimmte Klassen zu unterdrücken, deshalb müsse es nicht Eroberung, sondern Abschaffung des Staates heißen. Alle die Leute, die den Staat angeblich beseitigen wollen, schleppen seine Organisationsformen, den Zentralismus mit sich herum. Sämtliche wirtschaftlichen Organisationsformen vor Gründung des Staates waren föderalistischer Natur. Es sei ein furchtbares Verhängnis der deutschen Arbeiterschaft, daß sie ihre zentralistische Organisationsform dem Staate und der Kirche entlehnt habe. Die Prinzipien der Selbstverantwortlichkeit und Solidarität werden durch diese Organisationsform unterdrückt, das gilt in Konsequenz auch von den zentralistischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen. Zentralisation ist gleichbedeutend mit Herausschneidung des Gewissens aus dem Menschen. In Deutschland wurde am meisten zentralisiert und wo blieben die einheitlichen Aktionen? Sie fanden statt, wo die föderalistischen Organisationen die Macht gaben!

In der Frage der Diktatur des Proletariats hat Marx verschiedene Ansichten während seines Lebens vertreten. Die Formel hat mit dem Sozialismus nichts zu tun und stammt aus dem Arsenal der Bourgeoisie. Wenn unter Diktatur des Proletariats nichts anderes verstanden wird als Ergreifung der Staatsmaschine durch eine Partei, wenn man darunter nur die Etablierung eines neuen Staates versteht, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den besitzenden Klassen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirkung der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger und Vertreter der Diktatur des Proletariats, denn die Syndikalisten sind Gegner jeder Staatsgewalt, jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Durch Erfassung der wirtschaftlichen fällt die politische Macht. Der Staat in jeder Form ist ein Unterdrückungsinstrument und kann nie eine Institution für die Befreiung der Massen werden, die revolutionäre Aktion der Masse ist das einzige Mittel für ihre eigene Befreiung.

Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

An unsere Leser!

Die gewaltigen Preissteigerungen für Papier und die übrigen Herstellungskosten der Zeitung haben die gesamte Presse gezwungen, ab 1. Januar eine Erhöhung des Abonnementspreises eintreten zu lassen. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt 1 Mark pro Monat und geht bei mehreren bürgerlichen Blättern noch darüber hinaus.

Auch die „Freiheit" ist gezwungen, den Abonnementspreis zu erhöhen. Vom 1. Januar ab wird die „Freiheit" um 50 Pfg. teurer werden und 4,50 Mark kosten.

Diese Erhöhung war unabwendbar und nicht aufzuschieben, sollte nicht die sichere Grundlage des Unternehmens, das nur auf den Spargroschen des Proletariats aufgebaut worden ist, gefährdet werden. Die Papierpreiserhöhung von 1,20 Mark pro Kilo auf 2 Mark ist erst einige Tage vor Weihnachten beschlossen worden und tritt am 1. Januar in Kraft. Es mußte daher schnell gehandelt werden und die Erhöhung mit Wirkung ab 1. Januar eintreten.

Diese schwierige Lage, in der sich Aufsichtsrat und Geschäftsleitung der „Freiheit" bei der Beschlußfassung über die Erhöhung befanden, muß deshalb von allen Seiten anerkannt werden. Wir waren in einer Zwangslage, aus der kein anderer Ausweg blieb, als die sofortige Vornahme der Erhöhung.

Die Erhöhung des Abonnementspreises ist andererseits aber so gering bemessen worden, wie nur irgend möglich und deckt durchaus nicht die allein durch die gewaltige Papierpreissteigerung entstandenen Mehrkosten. Trotzdem haben wir uns nicht zu einer größeren Erhöhung entschließen können, weil wir der Meinung sind, daß ein erheblicher Teil der Steigerung der Herstellung von den Inserenten der „Freiheit" getragen werden muß. Daher konnten wir der gegenwärtigen Notlage in der Arbeiterschaft wenigstens für den Monat Januar Rechnung tragen.

Unsere Leser müssen immer daran denken: Die „Freiheit" ist kein kapitalistisches Unternehmen, sondern von den Berliner Arbeitern aus eigener Kraft unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen geschaffen worden. Es sollen mit ihr auch keine Gewinne erzielt werden, sondern sein Zweck ist einzig und allein die Förderung des Kampfes um den Sozialismus und die Unterstützung aller auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen. Darum hat aber auch jeder Arbeiter die Pflicht, in diesen schwierigen Zeiten seinem Blatte die Treue zu halten und unausgesetzt für seine weitere Verbreitung zu wirken.

Die Distriktsleiter von Berlin werden ersucht, für Dienstag, den 30. Dezember, Konferenzen der Funktionäre einzuberufen, in denen die Unterlagen für die Notwendigkeit der Erhöhung erörtert werden müssen.

Für Niederbarnim und Teltow-Beeskow müssen die Konferenzen bis 4. Januar stattfinden.

Die Erhöhung des Abonnementspreises darf unter keinen Umständen einen Rückgang der Leserzahl des Blattes bringen. Sie wird auch keinen Rückgang bringen, wenn alle Parteigenossen ihre Pflicht tun und darauf hinweisen, daß diese geringe Erhöhung des Abonnementspreises eine zwingende Notwendigkeit war, um das Blatt in den Stand zu setzen, weiter seine großen Aufgaben zu erfüllen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.

Gewerkschaftliches.

Krisis in der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Eine allgemeine Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeitsausschußmitglieder der Brauereien Groß-Berlins nahm am Sonntag den Bericht von den Unterhandlungen mit den Brauereigewaltigen entgegen. Die Unternehmer erkannten an, daß den Arbeitern unbedingt eine Teuerungszulage bewilligt werden müsse, an eine Zulage von 50 Mark, so ließen sie erklären, sei aber nicht im entferntesten zu denken. Die Lohnkommission wandte alles an, drohte auch mit dem letzten Mittel, dem Streik, die Unternehmer waren jedoch nicht zu bewegen, mehr als 25 Mark zu bewilligen. Da in der Versammlung am 17. d. M. beschlossen worden war, unbedingt an der Forderung von 50 Mark festzuhalten oder die Arbeit niederzulegen, so machte die Lohnkommission den Vorschlag, daß nunmehr durch Urabstimmung in den Betrieben beschlossen werden soll, ob das Angebot der Unternehmer angenommen werden oder in den Streik getreten werden soll. Die Brauereiarbeiter beziehen heute Wochenlöhne von 120—125 Mark.

In der ausgedehnten Diskussion wurde allgemein das Angebot als unannehmbar empfunden. Der Vorschlag der Lohnkommission wurde einstimmig angenommen.

Weiter wurde einstimmig beschlossen, die laufenden Tarifverträge zu kündigen.

Die Opposition bei den Berliner Buchdruckern.

Wenn heute in irgendwelchen Versammlungen die Rede auf die Buchdrucker kommt, dann regnet es im allgemeinen recht wenig schmeichelhafte Zwischenrufe. Sie gelten bei dem größten Teil der Arbeiterschaft als eine politisch unaufgeklärte, mit Kastengeist und Berufsdünkel vollgespropfte Arbeiterkategorie. Von der vielgerühmten Belesenheit der Buchdrucker ist mindestens in politischer Beziehung sehr wenig zu bemerken. Früher wurde in den Versammlungen ein Sozialdemokrat niedergeschrien, weil Politik nicht in die Gewerkschaften gehörte, und heute ist der größte Teil der Buchdrucker Anhänger der Taktik der S. P. D. Sie schwärmen fanatisch für die Ruhe im Gewerbe, wollen von politischen Streiks nichts wissen und gebaren sich als Ordnungsstützen. Der „Vorwärts" lobte deshalb die Buchdrucker während des Generalstreiks im März als Leute mit „tiefem Verantwortungsgefühl", weil sie ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern die Solidarität versagten und erst auf den Druck der gesamten Arbeiterschaft hin den Winkelhaken niederlegten und die Maschine stehen ließen. Das Lob des „Vorwärts" bekommt einen recht bitteren Beigeschmack, denn auch notorische Streikbrecher und ähnliche Kreaturen sind für ihn Leute mit „tiefem Verantwortungsgefühl".

Langsam, sehr langsam dämmert es bei den Buchdruckern, wohin sie die Sorge um die Ruhe im Gewerbe führt. Einen Gradmesser für die wachsende Opposition bei den Buchdruckern, die einen außerordentlich schweren Stand hat, geben die von einigen Tagen stattgefundenen Wahlen zum Gauvorstand ab. In einem Falle brachte es die Opposition auf 3332 bei 9330 abgegebenen Stimmen. Es ist im Verhältnis nicht viel, will aber bei den Buchdruckern außerordentlich viel bedeuten. Sehr beeinflußt wurden die Wahlen wohl noch durch die Tatsache, daß die Buchdrucker in den letzten Tagen eine Lohnzulage von 25—28 Pf. erhalten haben. Sie werden aber sehr bald erkennen, daß diese Zulage einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet, besonders wenn in den nächsten Tagen die wichtigsten Lebensmittel um annähernd 50 Prozent steigen. Dazu kommt noch, daß sich die Buchdrucker bis zum 31. März festgelegt haben. In beschämender Weise haben die Unterhändler sich einer Bestimmung unterworfen, die einer Preisgabe der Koalitionsfreiheit gleichkommt, die Zahlung der Teuerungszulage wird von der Tariftreue der Gehilfen abhängig gemacht. Wenn also in irgendeinem Ort die Gehilfen auf den Gedanken kommen sollten, zu streiken, um ihre Lage zu verbessern, sind sämtliche Prinzipale von der Zahlung der Teuerungszulage entbunden. Segensreiche Früchte der Arbeitsgemeinschaften!

Unsere Genossen in der Opposition haben einen recht steinigen Boden zu bearbeiten. Pflicht jedes Genossen ist es daher, noch mehr als bisher zu arbeiten und die Opposition zu unterstützen. Immer und immer wieder ist für den Industrieverband und das Rätesystem einzutreten. Wenn die Genossen verstehen, ihrer Opposition einen Gehalt zu geben, dann werden die nächsten Vorstandswahlen die ledernen Bureaukraten recht unsanft von ihren schon wackelnden Sesseln entfernen.

Groß-Berlin.

Eine Geschichte aus Potsdam.

Wie es einem Auslandsdeutschen, den das Geschick nach langen Jahren wieder in seine Heimat zurückgeworfen hat, ergehen kann, soll nachfolgende kleine Geschichte zeigen.

Gustav P., ein geborener Potsdamer, war in ganz jungen Jahren nach England gekommen, hatte dort sein Brot gefunden, geheiratet und sich einen Hausstand gegründet. Ueber 40 Jahre war er schon in dem Inselreich, als der Krieg kam und P. als Deutscher im Zivilgefangenenlager interniert wurde. Als der Krieg aus war, hatte P. trotzdem als Angehöriger der verhaßten Nation der „Germen" in London so stark unter den Schikanen der Engländer zu leiden, daß er beschloß, in seine Heimat zurückzukehren. Er wandte sich seiner Vaterstadt Potsdam zu.

Seine Frau, eine geborene Londonerin, fühlte sich jedoch als Großstädterin in dem stillen und stolzen Potsdamer Leben nicht wohl, und P. mietete daher in Berlin eine kleine Wohnung. Es entstand nun die schwierige Frage, wer die paar armseligen Sachen die P. sich zur häuslichen Einrichtung in Potsdam angeschafft hatte, nach Berlin transportieren sollte. Die großen Möbelfuhrgeschäfte waren zu teuer, und die kleinen Fuhrleute wollten das Geschäft wegen des hohen Schnees nicht übernehmen. Da riet dem P. ein Bekannter, er solle sich an die Kommandantur wenden, die werde ihm schon einige Soldaten nebst Fuhrwerk zur Verfügung stellen.

P. befolgte den Rat, kam zu einem Hauptmann, der sich sofort bereit erklärte, ihn aber dann zu einem Rittmeister v. Genz in der Garde-Korps-Kaserne führte, der über die Fuhrwerke zu verfügen hatte. Der Rittmeister wollte anfangs davon nichts wissen, ließ sich aber von dem Hauptmann zureden. P. wurde beauftragt, seine Sachen zurecht zu stellen, damit sie zum Weitertransport von seiner Wohnung abgeholt werden konnten. Zur vereinbarten Stunde ließen sich aber weder Fuhrwerk noch Soldaten sehen, und P. fuhr enttäuscht nach seiner Berliner Wohnung zurück. Einige Tage später erhielt er von seinem Potsdamer Logiswirt eine Postkarte mit der Mitteilung, daß Soldaten die Sachen abgeholt hätten. P. wartete noch einige Tage, aber die Sachen kamen nicht. Er fuhr nun wieder nach Potsdam und ging in die Kaserne, um sich nach dem Verbleib seiner Sachen zu erkundigen.

Nach langem Hin- und Herfragen und Suchen fand er die Sachen in einem Raum stehen. Aber in welchem Zustande! Ein Sofa war zerschnitten es sah aus, als wenn dann Geld

gesmuist war, das man heimschaffen wollte. Ein Kleiderschrank war demoliert. Mehrere Kisten aber, die den größten Teil der Habseligkeiten des P. und seiner Frau bargen, waren gewaltsam aufgebrochen und ihres gesamten Inhalts beraubt. Nicht einmal die Papiere und Briefe des Ehepaars waren drin gelassen. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf über 1700 Mark.

Die Beschwerden des P. wurden von den Vorgesetzten der räuberischen Soldaten, die seltsamerweise nicht festzustellen sind, mit höhnischen Bemerkungen und Achselzucken abgewiesen. Aus der Bemerkung eines Feldwebels ging hervor, daß solche Räubereien bei den Soldaten — es handelt sich um Angehörige der Reichswehrbrigade III Potsdam — nichts Seltenes seien. Auch Rittmeister v. Gehr unternahm nichts, um P. zu seinem Eigentum zu verhelfen.

Nun steht P. bloß und blank da, auf die Mildherzigkeit seiner Mitmenschen angewiesen. Seine Habseligkeiten sind ihm geraubt, und obendrein ist er auch noch erwerbslos. Bei seinem Alter von nahezu 60 Jahren wird es ihm schwer sein, bald wieder Arbeit zu finden. Die Erwerbslosenfürsorge will ihm auch keine Unterstützung geben, da er 1914 nicht in Berlin ansässig war.

Wer will es dem armen Flüchtling übel nehmen, wenn er der Meinung ist, daß es ihm trotz aller Schikanen in London immer noch besser erging, als hier in seiner Heimat.

Täglich 800 Kirchenaustritte in Groß-Berlin.

In Berlin und Brandenburg waren nach der Volkszählung von 1910 rund 67 000 Konfessionslose vorhanden. Durch die Kirchenaustrittsbewegung von 1912—1914 war diese Zahl nach vorsichtigster Schätzung auf mindestens 100 000 angewachsen. Seit dem Juli 1919 hat die Kirchenaustrittsbewegung in verstärkter Lebhaftigkeit eingesetzt, so daß z. B. beim Amtsgericht Berlin-Mitte allein bis zum 30. Oktober 27 874 Kirchenaustritte erfolgten. Am 30. September z. B. erfolgten allein 1746 Kirchenaustritte; beim Amtsgericht Neukölln erfolgten bis Ende Oktober 10 868 Kirchenaustritte. Groß-Berlin umfaßt elf Amtsgerichtsbezirke. Es steht fest, daß beim Amtsgericht Berlin-Mitte täglich 400 Nummern für Kirchenaustritte ausgegeben werden, so daß man bei vorsichtigster Schätzung für die 11 Amtsgerichte Groß-Berlins täglich mindestens 800 Kirchenaustritte veranschlagen kann, da z. B. auf dem Amtsgericht Wedding täglich auch 200 Kirchenaustritte erfolgen, in Neukölln mindestens 100. Es kann also mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß mit Ausgang des Jahres die Zahl der Konfessionslosen in Groß-Berlin sich der Zahl der Katholiken Groß-Berlins mit zirka 225 000 annähern wird, während in Neukölln die Konfessionslosen die Katholiken schon überflügelt haben.

Der Kirchenaustritt kann täglich während der Dienststunden bei den zuständigen Amtsgerichten erklärt werden. Wer bis zum 31. d. M. seine Erklärung abgibt, braucht nur noch bis Ende dieses Jahres die Kirchensteuer zu zahlen.

Massendemonstration der Groß-Berliner Beamten.

Eine gewaltige Kundgebung veranstaltete am Sonntag das Kartell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes. Der Zirkus Busch war bis auf den letzten Platz besetzt, ebenso zwei Säle in der Börse und die Singakademie. Ferner fand trotz des Wetters weiteres eine Zusammenkunft im Lustgarten bei Schneegestöber statt.

Die Beamten verlangen eine sofortige 150 prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen, während die Reichsregierung nur eine 50 prozentige bewilligt hat, die auch vom Ausschuß der Nationalversammlung genehmigt worden ist. An dem Verhalten der Regierung wurde scharfe Kritik geübt. Gefordert wurde u. a. eine Mitwirkung der Beamtenschaft bei den Beratungen und Beschlüssen zum Betriebsrätegesetz und zur Beamtenbesoldungs- und Verwaltungsreform. Eine entsprechende Entschließung wurde überall angenommen.

Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer in einem gewaltigen geschlossenen Demonstrationszuge nach dem Wilhelmsplatz. Der Abg. Steinkopf und der Postsekretär Beyer begaben sich zum Reichskanzler Bauer, der sie aber nicht empfing. Geheimrat Brecht nahm die Entschließung der Beamten entgegen. Eine Abordnung von drei Herren begab sich dann zum Minister Erzberger mit demselben Erfolg.

Eine Zentrale des verbotenen Handels und Schmuggels mit Geld wurde von der Kriminalpolizei in der Charlottenstraße ausgehoben. In dem Hause Nr. 35, an der Ecke der Behrenstraße, wurde erst im Oktober d. Js. eine Firma Antik u. Co., Bank-Kommandit-Gesellschaft aufgemacht. Die Kriminalpolizei beobachtete, daß in diesen Räumen im Erdgeschoß hauptsächlich Leute verkehrten, die entgegen dem Verbot mit ausländischen Zahlungsmitteln handeln und gegen die Bestimmungen zur Verhütung der Kapital- und Steuerflucht verstoßen. Sie durchsuchte deshalb nicht nur die angeblichen Bankräume, sondern traf auch besondere Maßnahmen, um diese Leute persönlich festzustellen. In dem Geldschrank der Firma, den ein Prokurist verwaltet, fand man eine größere Menge Zarenrubel, russische Eisenbahnaktien und Obligationen zu je 125 und 600 Rubel und Anleihe aus der Revolutionszeit. Alles das und verschiedene Bücher und Briefschaften wurden beschlagnahmt. Die Räume wurden dann besetzt gehalten, und so gelang es, eine ganze Reihe von Personen festzustellen, die in ihnen zu verkehren pflegten, und die als Geldhändler schon bekannt waren, besonders auch einen aus Petersburg gebürtigen Fabrikanten Eugen Kaplun, der hier in der Rankestraße wohnt. Die ständigen Besucher waren durchweg Russen und Galizier. Außer den Geschäftsräumen wurden auch die Wohnräume der Inhaber der Firma durchsucht. Diese Inhaber sind Dr. Jasin Antik aus der Nürnberger Straße 14/15 und ein Abraham Premischlianski, der in der Kurfürstenstraße 114 eine Wohnung von 16 Zimmern inne hat.

Bei einem Wohnungsbrand ist eine 70jährige Frau in ihrer Wohnung, Reinickendorfer Straße 76, verbrannt. Die alte Dame lebte in ärmlichen Verhältnissen und bewohnte dort auf dem Hof in einer kleinen Wohnung über einem Stall ein Zimmerchen. Am Sonntag früh brannte die Wohnung total. Die Feuerwehr fand die alte Frau schon vollständig verbrannt vor dem Ofen liegend vor. Der Fußboden und die Decke zum Stall waren schon durchgebrannt. Es mußte tüchtig gelöscht werden. Man vermutet Brandstiftung.

Lebensmittelkalender.

Steglitz. 20 Gramm Butter, 70 Gramm Bratfett (Einkaufskarte B. 25). Anmeldung von 29. bis 31. Dezember. Für alte Leute über 65 Jahre (Abschnitt 1 der Bezugskarte): 1 Dose Malzextrakt, 500 Gr. Gerstenmehl, 250 Gramm Haferflocken, 250 Gramm Keks. Verkauf vom 2. bis 3. Januar: Abschnitt 106 125 Gramm Nudeln, Abschnitt 107 125 Gramm Haferflocken, Abschnitt 108 125 Gramm Suppen, Abschnitt 109 250 Gramm Maismehl.

Tempelhof. 3 Pfund Kartoffeln und 500 Gramm Großbrot auf 1 d—g der Kartoffelkarte. 30 Gramm Butter, 70 Gramm Bratenfett. 300 Gramm Suppen (44); für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr 500 Gr. Reis und 500 Gramm Haferflocken (A. I und A. II Kindervollmilchkarten für Monat Januar). — Anmeldung bis 2. Januar auf 150 Gr. Haferflocken (103), 100 Gramm Gerstengrütze (104), 125 Gramm Graupenmehl (106), 250 Gramm Maisprodukte (100).

Alt-Glienicke. In den Verkaufsstellen und beim Konsum: auf Abschnitt 105 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Saubohnen, auf Abschnitt 107 100 Gramm Teigwaren, auf Abschnitt 107 250 Gramm Morgentrank, für Kriegsbeschädigte 250 Gramm Graupenmehl und 250 Gramm Saubohnen, auf Nährmittelkarten 250 Gramm Kindergerstenmehl oder Haferflocken, Kartoffeln 7 Pfund. Bei den Kaufleuten und in den Verkaufsstellen 3 und 4: auf Abschnitt 1 der Speisefettkarte 20 Gramm Butter, auf beide Abschnitte 25 der Einkaufszusatzkarte 70 Gramm Bratfett. Die Verkaufsstelle II (jetzt Wilhelmstraße) befindet sich vom 1. Januar ab in der Baracke Werderstraße.

Velten. Auf Abschnitt 40 der alten Lebensmittelkarten werden am Dienstag, den 30. d. M., 375 Gramm Nudeln und 200 Gramm Reis verabfolgt.

Aus den Organisationen.

6. Distrikt. Heute abend 6½ Uhr Mitgliederversammlung bei Becker, Weberstr. 17. Bericht vom Parteitag.

Vereinskalender.

Sozialistische Proletarierjugend, Gruppe Prenzlauer Vorstadt. Montag abend ½8 Uhr Diskussionsabend in der Genefelder-Schule (Mädchenschule), Konferenzzimmer.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Mtg. 7½ U.: Paul Lange u. Tora Parsberg. Dienstag 7½ U.: Fredrik in Liebe.

Opernhaus 7 Uhr: Troubadour

Schauspielhaus 6½ Uhr: Peer Gynt

Direktion: Max Reinhardt

Deutsches Theater 7½ Uhr: Jaakobs Traum.

Kammerspiele 7 Uhr: Advent

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7½ Uhr: Orestie (19. Abend 1. Abd.)

Direktion Carl Meinhard — Rud. Bernauer

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** ½8 U: Schloß Wetterstein Dienstag: Ein Traumspiel Silv.: 7½ Uhr: Kameraden. Neujahr nachm.: Erdgeist. (Lulu: Maria Orska) Abd.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus ½8 Uhr: „Sie" Dstg.: Liselott v. d. Pfalz Silvester 7 Uhr: „Sie" Neujahr: „Sie"

Berliner Theater 7½ Uhr: Bummel-Studenten

Lessing-Theater Direktion: Viktor Barnowsky 7½ Uhr: Fräulein Julie. — Der grüne Kakadu. Dienstag und Mittwoch 7½ Uhr: Pygmalion.

Deutsch. Künstl.-Theater 7½ Uhr: Cyprienne (Konstantin, Götz, Walter) Dienstag u. Mittwoch 7½ Uhr: Cyprienne.

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Evelyn Humbrecht Mittwoch 4 Uhr: Rotkäppchen. Donnerstag 4 U.: Der gute Kai

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: Maskerade Mittw. 4 Uhr: Schneewittchen. Donnerstag 4 U.: Der höhere Lehrer.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Am goldenen Horn

Rose-Theater 25. Aufführung: 7½ Uhr: Die im Schatten leben

Casino-Theater Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Der Schlager der Spielzeit Schniepels Lene Berliner Volksstück in 3 Akt. Vorher erstkl. Spezialitäten Am 1. und 4. Januar 3 Uhr: „Frohes Fest"

Neues Operettenhaus Direktor: Jean Kren Allabendlich 7 Uhr 30 Min.: **Die Dame vom Circus**

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. Allabendlich 7½, Sonntags 3½ u. 7½ Unübertreffliches Varieté-Programm!

Wintergarten. täglich 7½ Uhr Varietévorstellung Rauchen gestattet.

Theater am Kottbuser Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr: **Elite-Sänger** 9 ehem. Mitgl. der Stet iner Sänger. Blüthgen-Kassel Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Circus Busch Tägl. 7½, Neujahr 3½ u. 7½ Uhr Das großartige Progr.! Neu Orig.-Lasso-Sport-Spiele zu Pferde. Schreckensfahrt auf Motorrädern an steiler Wand usw. Zum Schluß: Tragikom. Pantom. „Aphrodite"

Eichhofbauer Volks-Varieté Warschauer Str. 34/36. Täglich erstklassige Varieté-Nummern. Das große Weihnachtsprogramm.

Punsch, Rum, Kognak für das Neujahrsfest empfiehlt F. P. A. Kauffmann, Berlin, Wallstr. 55 Engros Detail

Schreibmaschinen sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer. Hugo Schroeder, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 152 Wilh. 4720.

Billige Wohnungen erzielt man durch Patent-Schlafmöbel Verwandelbare Chaiselongues, Bettstellen, Bettsofas, Bettstühle, Tischbetten etc. Besichtig. ohne Kaufzwang erb. Nippe & Pasche, Pat. Schlafmöb.-Fabr. Berlin, Oranienstraße 112.

Gelegenheit! Stube und Küche M. 150.— sofort verkauft Hartenstr. 6 im Laden.

Adler-Schreibmaschine kauft Klein, Probenstr. 31.

Joseph Berger & Co., Oranienstrasse 166.

Größtes Musikinstrumenten-Spezialhaus Berlins

Flügel, Pianos, Harmoniums auch mit eingebauten Spielapparaten.

(ohne Notenkenntnisse sofort spielbar), neu und gebraucht.

Eingespielte Violinen, Mandolinen, Celli, Gitarren, Lauten, sowie alle Streich- und Zupfinstrumente, Zithern mit Unterlegnoten, Konzertzithern, Bandonien, Hand- und Mundharmonikas, Noten für alle Instrumente in grosser Auswahl, Saiten, Utensilien etc.

Umtausch u. Ankauf aller Instrumente. Reparatur und Aufarbeitung von Pianos, Flügeln etc.

Mieterverband Gr.-Berlin, Gruppe Süd-Südost

Dienstag, den 30., Dezember, abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 21 im Restaurant Schweikardt

Mitgliederversammlung.

!!! Erscheinen dringend notwendig !!!

Der Vorstand.

NB. Zeitungen werden ausgegeben.

Silvester-Scherze!

Freiheitsbombe, wirft rote Fahnen und Blumen aus, 75 Pf. Musikschokolade. 1.— 1.50 M. Musik-Cakesrolle 1.— M. Schreiendes Portemonnaie 1.— M. Schlagende Zigaretten 1.— M. Spritzteller 20 Pf. Radaupl atten 40 Pf. Scherzzigaretten. Scherzkonfekt. Knallbonbons Dtz. 1.50 bis 10.— M. Dekor. Zigarrenspitzen. Fächer. Mützen. Hüte, die beim Grüßen schreien. 1.50 M. Blumen. Pfannkuchen. Konfetti. Papier-Schlangen. Gießblei Dtz. 1.20. 2.50 3.50 M. Masken. Nasen. Lampions. Radauartikel. Feuerwerk

Scherzartikelfabrik A. Maas & Co. Gegr. 1896. — BERLIN W, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstr.

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 10621.

Vor Verkauf von **Quecksilber und Silbernitrat** (Höllenstein) ... zahle konkurrenzlose Preise **Metallkontor, Alte Jakobstr.** Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor) Moritzpl. 12858

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden **C. Weissert,** Invalidenstr. 147 1. Etage, Ecke Bergstr. Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung Sprechstunden 10–12 und 4–8, Sonntags 10–12

Botenfrauen stellt ein:

Spedition: Bartsch, Tempelhof, Werder Str. 30.
- Gerhard, Karlshorst, Aug.-Viktoriastr. 55.
- Losch, Niederschönhausen, Kaiserweg 10.
- Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.
- Weusels, Cadiner Str. 11.
- Lode, Markusstr. 23.
- Girschner, Gitschiner Straße 92.
- Wutzky, Johannisstr. 9.
- Werner, Greifswalder Str. 39.
- Kreutz, Friedrichshagen, Viktoriastr. 16a III.

Realles — Wir kaufen KUPFER Blei, Zink MESSING Stanniol Zinnfolie Quecksilber Aluminium Celluloid Metallabfälle Platin, Gold Silber — Höchste Preise — PETERS Prenzl. Str. 34 MÖBUS Wallstraße 3 BERMEL ... Straße 64 DEGENER Schöneberg Bahnstraße 46 HAASE Skalitz. Str. 98a Ecke Lausitzer Platz — Gewicht

Platin pro Gramm **Mk. 140.—** von 100 Gramm u. mehr kauft **Metallkontor** (Halleschen Tor) Alte Jakobstr. 138 Telephon Moritzplatz 12858.

Kupfer! Messing! Quecksilber! sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Zahngebisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen **Schmelze Baruch** nur Beusselstr. 29.

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Sämtl. Altmetalle Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 4 Einkaufsstellen „Cohn" 1) Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz) 2) Fennstr. 48 am Weddingplatz 3) Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberg. Str. am Anhalter Bahnhof 4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 229 (Schillermannplatz).

Messing Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen Metallschmelze „Goldes" WEIDENWEG 72 am Baltenplatz.

Platina, Gramm **126 Mk.** Zahngebisse **1000 Mk.** Platinzähne, nicht unter **7,50 Mk.** Gold, Silber kauft **E. Hausdorf,** NO 18, Palisadenstraße 11, v. II.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend **Silbermann** Neue Königstrasse 42 Fernspr. Alex. 2115.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schilbeling Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 4706 und 6818.

20 große Versammlungen

am Montag, den 29. Dezember 1919 abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen:

Kliems, Hasenheide 13/15; Hohenstaufensäle, Kottbuser Damm 76; Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147; Südost-Waldemarstr. 75; Konzertsäle, Kommandantenstr. 58/59; Prachts ... Sophiensäle, Sophienstr. 17/18; Kolberger Salon, Kolberger Str. 23; Borussia-Säle, ... 6/7; Riedel, Oudinstr. 40; Aula Wörther Str. 1b; Pharus-Säle ... Müllerstr. 142; Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße; Schwarzer Adler, Hauptstraße, Schöneberg, Col... Martin-Luther-Str. 6; Lichtenberg, Bellevue, Hauptstr. 1; Königsbank, Frankfurter Str. 117; Keller's Festsäle, ... Comeniussäle, Memeler Str. 67; Brauerei Weißenberg (Restaurant), Frankfurter Allee 115.

Tagesordnung:

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise und die Löhne der Arbeiter und Angestellten.

Referenten: Bauer, Bredow, Blumenthal, Dobbert, Feichte, Kaller, Knebel, Kloje, Lehmann, Maeder, Crmann, Reimann, Rückert, Rusch, J. Schmidt, Schumacher, Schulz, Siegle, Thöne, Vollmerhaus, Ziekel, Zielke.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Platin!! Linke!! Verkauft nur bei mir, zahle mehr wie alle für Gold, Silber, Platina. Frau Emma Linke, älteste Ankaufsstelle Berlins, Blücherstraße 40, v. II.

Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 12858 — **Höchste Preise über Tageskurs** zahlt für **Platin**-Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen. **Gold**-Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold, **Silber**-Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel nur **Metallkontor Berlin SW 68,** Alte Jakobstr. 138 am Halleschen Tor — Gegründet 1903 — Tel.: Moritzpl. 12858 Tel.-Adr.: Metallkontor Berlin SW 68.

Metalle bedeutende Preiserhöhung! **Platin!** Zahngebisse, Zahn bis 75.— Mark Gold, Silber, Münzen salpeters, Silber Quecksilber, Glühstrumpfasche / Stanniolpapier Tressen / Kupfer / Messing / Zinn / Nickel Weißmetall / Aluminium Blei / Zink höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro Weberstrasse 31 (Alex. 4343)

Messing 6.—, Kupfer 10.— M. per Kilo, auch alle anderen Metalle kauft Prod.-Handlg. Dresdener Straße 14, am Kottbuser Tor. Moritzplatz 12...

Zahngebisse Platinabfälle Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze Charlottenburg Köpenicker Straße 20a gegenüber Manteuffelstraße

Schnellaufbohrer, sow. sowie Schmirgelleinen, Naturstahl, kauft höchstzahlend jeden Posten Henschel, Moabit, Rostocker Straße 22, Ecke Wittstocker Straße.

Spiralbohrer, Metalle, kauft laufend Schlosserei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 7. Handrosch, Berlin, Wilhelmshavener Straße 26. II.

Genossen beachtet die Inserate!

Bettnässe Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst diskret. Hartwig Berlin, Belle-Alliance-Str. 42

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer. Syphilis, Harn-, Frauenleiden Heilung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung Kassel. Höhensonne. Brunnenstraße 185 ... 4-8, Sonnt. 9-1. ...